Redaktion, Verlag und Druck, von R. Graßmann, Kirchplatz Nr. 3.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Annahme: Schulzenstraße 17, Kirchplatz 3.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr. monatlich 12½ Sgr., für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 154. Abendblatt. Dienstag, den 31. März 1868.

Deutschland.

□ **Berlin**, 20. März. Die „Times" theilt den Wortlaut des Cirkulars mit, in welchem der Ministerpräsident Graf Bismarck dem diplomatischen Korps anzeigt, daß er die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten wieder übernommen habe. Der Inhalt des Cirkulars ist richtig angegeben. Graf Bismarck hat in demselben das diplomatische Korps benachrichtigt, daß er, obgleich ihm seine Gesundheitszustand noch ernste Schonung auferlege, dennoch die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten wieder übernommen habe. Indem er sich Glück dazu wünsche, die persönlichen Beziehungen zum diplomatischen Korps wieder aufzunehmen, glaube er auf Nachsicht rechnen zu können, wenn ihm die Sorge für seine Gesundheit und die Vermehrung der Geschäfte, die durch die Eröffnung des Reichstags in Aussicht stehe, zuweilen hindern werde, diesen Beziehungen soviel Zeit zu widmen, als er wünsche. Die „Times" fügt am Schluß noch die Bemerkung hinzu, daß das Recht der Botschafter, jeder Zeit Zutritt zum Souverän zu haben, durch den zeitweiligen Urlaub des Grafen Bismarck in keiner Weise alterirt worden sei, was auch von hier aus bestätigt werden kann. — Ueber die Reisepläne Sr. Maj. des Königs in diesem Sommer tauchen in den Zeitungen schon vielfache Nachrichten auf, u. A. soll er, nachdem er eine Rundreise durch die neuen Provinzen gemacht habe, Bad Ems besuchen, wo auch der Besuch des Kaisers Napoleon erwartet werde. Es ist schon bei früheren Gelegenheiten von uns darauf hingewiesen worden, daß die Reisepläne des Königs, deren Verwirklichung von Staatsgeschäften, politischen Verwickelungen u. s. w. abhängt, in einem so frühen Zeitraum nicht festgestellt werden können. Die Reise des Königs nach Ems ist nun zwar auch dieses Jahr nicht unwahrscheinlich, da ihm der Kurgebrauch daselbst im vorigen Jahr sehr gute Dienste gethan hat, indessen sind feste Bestimmungen in dieser Hinsicht noch nicht getroffen. Von einer Zusammenkunft des Königs mit dem Kaiser Napoleon in Ems aber ist in hiesigen wohlorientirten Kreisen eben so wenig etwas bekannt, als von einer Rundreise desselben durch die neuen Provinzen. — Ueber den Besuch des Prinzen Napoleon in Berlin finden sich in den Zeitungen fortdauernd die verschiedensten Angaben, denen gegenüber festzuhalten ist, daß demselben politische Zwecke fern gelegen haben, wie auch der Graf Bismarck in seinem Rundschreiben an die preußischen [illegible] an den fremden Höfen erklärt hat. Dagegen ist der Besuch des Prinzen und die freundliche Aufnahme, die derselbe hier gefunden, allerdings als ein Beweis der guten Beziehungen zwischen Preußen und Frankreich anzusehen. — Die Aufhebung der dänischen Postanstalten in den Hansestädten erfolgt am 1. M. d. J. Dieselben haben seit Jahrhunderten bestanden und ihre Beseitigung ist in dieser Zeit zu wiederholten Malen vergeblich versucht worden. Da nunmehr auch das schwedische Postamt in Hamburg eingeht, so wird die Einheit des Postwesens in diesem wichtigen Handelsplatze jetzt zur Wirklichkeit. Bis noch vor Kurzem bestanden dort 7 Postämter: das hamburgische, hannoversche, Turn und Taxische, mecklenburgische, dänische, schwedische und preußische. Mit der Aufhebung der dänischen Postämter in den Hansestädten wird auch die Abhängigkeit der norwegischen und schwedischen Korrespondenz von der dänischen Postverwaltung in Wegfall kommen. Diese Abhängigkeit giebt zu empfindlichen Mißverhältnissen Veranlassung, denn während z. B. ein Kaufmann in Kopenhagen für einen Brief nach Hamburg nur 8 Schillinge dänisch (etwas über 1¾ Sgr.) Porto zu zahlen hat, muß der norwegische Kaufmann für einen Brief aus Christiania nach Hamburg 21 Schillinge norwegisch (über 7 Sgr.) zahlen und zwar deshalb, weil diese Korrespondenz Dänemark tributpflichtig ist. Diese Beschränkung fällt gleichfalls fort. Es wird der neue zwischen dem norddeutschen Bunde und Norwegen vor Kurzem abgeschlossene Postvertrag auch für die Hamburger und Lübecker Korrespondenz mit jenem für Handel und Schifffahrt so wichtigen Lande ungehindert in Ausführung kommen, wonach sich das Porto auf 3½ Sgr. stellt. — Unter den neuernannten 101 Amtshauptleuten und Kreishauptleuten in Hannover befinden sich nur 9 altpreußische Beamte und zwar: der Graf Pfeil für das Amt Göttingen, Ritterschafts-Rath v. Pfuel für Celle, Regierungs-Assessor Graf Huy de Grais für Hildesheim, Regierungs-Assessor Dr. v. Arnim für Gifhorn, Regierungs-Assessor Roth für Aurich, Regierungs-Assessor Reineck für den Stader Geestkreis, Regierungs-Assessor Süs für das Amt Melle, Regierungs-Assessor Bollert für Calenberg und Regierungs-Assessor Schulz für Medingen. Von diesen 9 Genannten sind übrigens 7 schon seit längerer Zeit bei der Verwaltung in Hannover beschäftigt. Aus diesem Zahlenverhältniß wird man sehen, daß trotz mannigfachen Agitationen von verblendeter Seite her die Regierung volles Vertrauen in den einheimischen Beamten Hannovers setzt. Eine besondere Erwähnung mag noch finden, daß der frühere Polizeidirektor von Hannover v. Engelbrechten zum Amtshauptmann in Osterode ernannt ist. — Der „Stuttgarter Beobachter" bezeichnet die hiesige „Zukunft" als ein in Würtemberg nicht „ganz unbekanntes Blatt". Wer weiß, daß die „Zukunft" besonders mit zu dem Zwecke gegründet ist, dem „Stuttgarter Beobachter" in seinem Sinne über die Stimmungen in Norddeutschland zu informiren, und wer sich erinnert, daß der „Stuttgarter Beobachter" für die Verbreitung der „Zukunft" sehr thätig gewesen ist und sogar die Annahme von Abonnements auf dieselbe besorgt hat, der wird obige Beziehung etwas räthselhaft finden. — Daß die demokratische Partei im Lande keinen Boden mehr hat, beweist auch wieder das Eingehen zweier demokratischer Blätter, der „Neuen Königsberger Ztg." und der „Neuen Bromberger Ztg." mit Ende dieses Quartals, nachdem dieselben seit längerer Zeit ihre Existenz nur mühsam gefristet haben.

Berlin, 31. März. Gestern Morgens empfing Se. Maj. der König eine große Anzahl von beförderten Militärs, sowie die aus Würtemberg hier eingetroffenen Bataillons-Kommandeure und Hauptleute, welche in den Garnisonen Berlin, Potsdam, Hannover und Koblenz ihre weitere Ausbildung im [illegible] nach preußischem Reglement erhalten [illegible], und nahm [illegible] die gewöhnlichen Vorträge entgegen. Nachmittags begab sich der König in das Kronprinzliche Palais und nahm nach einer Spazierfahrt die Blumen-, Frucht- und Gemüse-Ausstellung der Gesellschaft der Gartenfreunde Ber[illegible] Arnim's Hotel Unter den Linden in Augenschein. Um 5 Uhr fand im Königlichen Palais ein Diener von 39 Gedecken statt. Unter den Gästen befanden sich der Prinz August von W[illegible], das Präsidium des Reichstages und die würtembergischen Offiziere. Heute Vormittag 10 Uhr begiebt sich der König mit den Königlichen Prinzen, der Generalität ꝛc. nach dem Artillerie-Schießplatz bei Tegel und wohnt den Schießversuchen bei.

— Eine vertrauliche Minister-Konferenz fand heute im Konferenzzimmer des Reichstages statt.

— Der General-Superintendent der Provinz Schlesien, Dr. Erdmann, hat unter dem 10. März ein Schreiben an alle evangelischen Geistliche der Provinz gerichtet, in welchem er diesen die Noth der ostpreußischen Amtsbrüder ans Herz legt.

— Hiesige Blätter erzählen von allerlei Maßnahmen, die der evangelische Oberkirchenrath in Betreff des Hrn. Pastor Steffann hierselbst getroffen hätte. Aus zuverlässiger Quelle geht der „Kreuz-Ztg." die Nachricht zu, daß alle jene Notizen unrichtig und wohl daher entstanden sind, daß Pastor Steffann bei dem Konsistorium der Provinz Brandenburg einen sechswöchentlichen Urlaub nachgesucht hat.

— Die Regierung hat jetzt das Welfenschloß und Welfengarten und auch das Schloß im Georgsgarten für den preußischen Staat in Anspruch genommen und die Räumung des ersteren, in welchem sich noch Sachen des Königs Georg befinden, verlangt. Die Vertreter des Königs Georg interpretirten die Worte des Abfindungsvertrages, wonach Schloß Herrenhausen nebst Zubehör dem König Georg verbleiben sollte, bekanntlich dahin, daß sie auch die Herrenhäuser Allee mit den daran liegenden Schlössern für ihn in Anspruch nahmen. Auf diese Auslegung, welche die Abfindungssumme noch um mehr als 1 Million erhöht hätte, soll sich indeß die Regierung denn doch nicht einlassen. Der „Hann. Corr." schreibt hierzu: [illegible] das Welfenschloß mit dem Welfengarten, son[illegible] Welfengarten [illegible] zu dem [illegible] die [illegible] Regierung übergegangenen Grundbesitz. Ob in Bezug auf das Welfenschloß noch eine weitere Auseinandersetzung vorbehalten ist, wissen wir nicht. Eine solche wäre angezeigt, da zum Bau des Welfenschlosses allerdings, neben den von den hannoverschen Kammern bewilligten Geldern, solche aus der früheren Königlichen Kronkasse verwendet worden sind. Es sind übrigens die 17 oder 19 verschiedenen Budgets für die Verwaltung der früheren Krongüter ꝛc. festgestellt.

— Herzog Karl von Braunschweig erläßt in der „Times" unter den bezahlten Annoncen des Blattes folgenden Protest: „Wir Karl, von Gottes Gnaden Herzog von Braunschweig, Lüneburg ꝛc. erklären hiermit: — Daß ein Dekret des ehemaligen deutschen Bundestages Uns mit Gewalt und ohne irgend welche gesetzliche Berechtigung Unserer erblichen Besitzungen und Unseres Privatvermögens beraubt hat unter dem Vorwande, das Wir in Frankreich Truppen anwerben ließen, um wieder Besitz zu ergreifen von Unserem besagtem Herzogthume (obwohl Wir niemals abdicirten, noch zu abdiciren die Absicht hatten) sowohl, wie von Unserem Privatvermögen. — Preußen hat jetzt den deutschen Bund durch dieselben Mittel, welche der Bund gegen uns gebraucht hat, nämlich durch Gewalt aufgelöst (dismissed) und gestürzt. — Preußen hat sich desgleichen des Königreichs Hannover bemächtigt, welches einen Theil Unserer erblichen Besitzungen bildet. — Wir haben noch nicht protestirt. — Der deutsche Bund hatte Uns dem Könige von Hannover überantwortet, indem er ihn zum Vormund über Unsre Rechte und Unser Privatvermögen ernannte. Der König von Hannover thut genau dasselbe, wofür er vor den französischen Gerichten vergebens versucht hatte, Uns inkompetent erklären zu lassen, d. h. er hat Truppen geworben, um Hannover wieder zu erobern. — Der König von Hannover befindet sich im Besitze Unseres in Deutschland befindlichen Privatvermögens, von dem er seit 40 Jahren nicht einmal die Interessen bezahlt hat. Deshalb erneuern Wir hiermit Unsere früheren Proteste gegen diese bedauernswerthe und ungerechte Sachlage, wie Wir auch früher nie unterlassen haben, dagegen beim deutschen Bunde wie bei allen europäischen Großmächten zu protestiren und Wir reserviren Uns besonders Unsere Rechte als Haupt des Königlichen Hauses der Welfen auf alle Unsere souveränen Besitzungen, sowie auf Unser in Deutschland befindliches Privatvermögen, deren Wir durch Gewalt, aber nicht auf gesetzlichem Wege beraubt worden sind. — Zur Beurkundung dessen haben Wir gegenwärtigen Protest eigenhändig unterzeichnet und mit dem großen Staatssiegel untersiegelt zu Paris am 18. März im Jahre des Herrn 1868 und im 53. Jahre Unserer Regierung." Unterschrieben Carl, Dux.

— Die Panzer-Korvette „Prinz Friedrich Karl" lief am 27. d. aus dem Dock von Devonport aus.

— Bei der Reichstagswahl in Essen, die am vorigen Freitag stattfand, ist es wahrscheinlich zu keinem definitiven Resultat gekommen. Der konservative Kandidat Polizeipräsident Devens soll 1752, der sozialistische Lohgerber Hasenclever 2065, der nationalliberale Dr. Hammacher 843 Stimmen erhalten haben, jedoch fehlen noch einige Wahlbezirke.

— Wir hatten geglaubt, bezüglich der Wahlagitation, wie sie in Süddeutschland stattgefunden, bereits das Stärkste mitgetheilt zu haben. Die Münchener „Neuesten Nachrichten" belehren uns eines Anderen, indem sie mittheilen: „Bei den jüngsten Zollparlaments-Wahlen habe man es wörtlich deutlich und öfter als einmal hören können: Wenn die Franzosen nur erst den Preußen eine Schlappe beigebracht hätten, dann „würden die bairischen Bauern mit ihren Pfaffen voran die ketzerischen Hunde verjagen, sie zu Wurstfleisch hacken und in Judendärme füllen." Wir glauben dem nichts weiter hinzusetzen zu sollen, als daß diese Auslassung selbst dem „Münchener Volksboten" zu stark ist.

— Für die Station im Oriente, bezüglich an der Donau-Mündung, auf welcher bisher das Dampf-Kanonenboot „Blitz" den Dienst versah, ist, verschiedenen Blättern zufolge, das Dampf-Kanonenboot „Delphin" bestimmt, welches zu diesem Zweck am 1. Mai d. J. in Dienst gestellt werden soll.

— Durch das dem Reichstage vorgelegte Gesetz, betreffend die Verwaltung des Schuldenwesens des norddeutschen Bundes soll unter dem Namen „Bundesschuldenverwaltung" eine besondere, unter der oberen Leitung des Bundeskanzlers stehende Behörde niedergesetzt werden, welche die Verwaltung der Bundesanlehen zu führen hat. Dieselbe besteht aus dem Direktor der preußischen Hauptverwaltung der Staatsschulden und aus drei vom Bundespräsidium zu ernennenden Mitgliedern. Die fortlaufende Aufsicht über dieselbe soll durch eine Bundesschulden-Kommission geführt werden, welche aus drei Mitgliedern des Bundesraths, drei Mitgliedern des Reichstages und dem Präsidenten der Rechnungsbehörde des norddeutschen Bundes besteht. — Die sonstigen Einrichtungen dieser Behörde, ihre Befugnisse ꝛc. sind ganz analog den für preußische Staatsschuldenverwaltung geltenden.

— Die „Allg. Ztg." enthält folgende Berichtigung aus Nürnberg, 25. März: „Die mir so eben zugekommene Nr. 81 der „Allg. Ztg." enthält eine Notiz über das Germanische Museum, die ich gefälligst zu berichtigen bitte. Es ist mir nicht bekannt geworden, daß die Königl. preußische Regierung ihre bisherige Beisteuer für das Germanische Museum zurückziehen will, noch steht diese Nachricht in dem vom Museum herausgegebenen „Anzeiger für Kunde der deutschen Vorzeit." Der Irrthum Ihres Korrespondenten, der sich im Museum selbst leicht hätte informiren können, ist offenbar dadurch entstanden, daß ein hiesiges Blatt eine etwas verwandte ältere Angelegenheit unlängst verspätet besprochen hat. Der Vorstand des Germanischen Museums."

Berlin, 30. März. Norddeutscher Reichstag, 5. Sitzung. Präsident Dr. Simson. Am Tische der Bundeskommissare: Präsident Delbrück, Geh. Regierungsrath Graf zu Eulenburg, Geh. Legationsrath von Hoffmann, Staatsminister v. Watzdorff. — Die Tribünen sind gut besetzt, ebenso die Plätze im Hause. In der Hofloge Se. Durchlaucht der Fürst Reuß j. L.

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 15 Minuten mit den gewöhnlichen geschäftlichen Mittheilungen. Seit der letzten Sitzung ist wieder eine Anzahl von Mitgliedern neu in das Haus eingetreten und den betreffenden Abtheilungen zugeloost worden. Die Urlaubsgesuche werden verlesen und bewilligt. Die Kommission, betreffend die Aufhebung der polizeilichen Beschränkung der Befugniß zur Eheschließung hat sich konstituirt: In dieselbe sind gewählt: die Abgg. v. Diest (Vors.), Dr. Braun (Wiesbaden), (Stellvertreter des Vors.), v. Schöning (Schriftführer), Forkel (Stellvertreter des Schriftführers), Graf v. Bassewitz, Ausfeld, Graf Bochholtz, Graf Plessen, Albrecht, Wiggers (Rostock), v. Grävenitz (Hirschberg), Pogge, v. Hilgers und Stumm. Desgleichen hat sich die Kommission zur Prüfung des Gesetzes, betreffend die Verwaltung des Bundes-Schuldenwesens konstituirt; in dieselbe sind gewählt, die Abgg. v. Bockum-Dolffs (Vors.), Graf zu Münster (Stellv. des Vors.), v. Davier (Schriftführer), Dr. Schlaeger (Stellvertreter des Schriftführers), Frhr. v. Rothschild, v. Levetzow, Twesten, Runge, Graf v. Maltzahn, v. Blankenburg, Graf zu Dohna-Kotzenau, v. Thadden, Miquel und Hagen. Das Haus macht sich über mehrere Anträge schlüssig. Der Antrag des Abg. Dr. Waldeck und Gen., betr. die Abänderung des Art. 32 der Verfassung des norddeutschen Bundes, sowie der des Abg. Lasker und Gen., betreffend die Redefreiheit der Mitglieder der Spezial-Landtage und Kammern, werden zur Vorberathung im Plenum gestellt. Der Antrag der Abgg. Wagner (Altenburg) und Planck: den Bundeskanzler zur Vorlegung eines gemeinsamen Strafrechts und eines gemeinsamen Strafprozesses aufzufordern, wird durch Schlußberathung im Plenum erledigt werden. Desgleichen der Antrag Lasker und Graf Bethusy, Frhrn. v. Rabenau: „den Bundeskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß in Zukunft ein gleichzeitiges Tagen der Territorial- und Provinzial-Landtage mit dem Reichstage vermieden werde." Für den ersteren Antrag werden zu Referenten ernannt die Abgg. v. Bernuth und Frhr. v. Rabenau, für den letzteren die Abgg. Frhr. v. Hagke und Graf Schwerin-Putzar. — Das Haus tritt in die Tagesordnung: Wahlprüfungen, ein. Abg. Aßmann referirt Namens der 3. Abtheilung über die in der vorigen Session beanstandete Wahl des Grafen Schulenburg, der in Filehne mit 6864 Stimmen gegen den Gegenkandidaten von Zacha gewählt worden ist. Die Beanstandung war beschlossen auf Grund eines Protestes, welcher namentlich den Landrath von Young umfassender Wahlbeeinflussungen beschuldigte; über die verschiedenen in dem Proteste behaupteten Thatsachen hat seitdem die gerichtliche Untersuchung stattgefunden, deren Ergebniß schon aus der Mittheilung des Bundeskanzlers an den Reichstag hervorgeht, daß dem Landrath v. Young wegen seines Wirkens bei der Wahl von dem Minister des Innern „ein ernster Verweis" ertheilt worden sei. Der inkriminirte Thatbestand ist folgender: Der Landrath v. Young hat an eine Menge von Personen, namentlich an Wahlvorsteher, ein Schreiben gerichtet, worin er sich über die geringe Betheiligung an der ersten Wahl beklagt und hinzufügt: Wäre die Betheiligung nur etwas lebhafter gewesen, so würde für den Herrn Grafen Schulenburg sofort eine Majorität erzielt worden sein. Gestatten Sie mir, für die engere Wahl Ihre freundliche Mitwirkung in Anspruch zu nehmen. Mit Vergnügen würde ich, sollte die Gelegenheit sich bieten, zu Gegendiensten bereit sein." In einem dieser Schreiben, das an einen Prediger gerichtet ist, findet sich der Zusatz: „Sie haben schon Manches zu Stande gebracht, Sie werden auch dies zu Stande bringen!" Der Landrath v. Young gesteht selber zu, daß er dergleichen Briefe an ca. 50 bis 60 Personen gerichtet, doch habe er damit nur den Zweck verbunden, dem Gerüchte entgegenzutreten, als ob Graf v. Schulenburg überhaupt kein Mandat annehmen wolle; das Schreiben sei allerdings mit dem landräthl. Amtssiegel versehen worden, der Schlußsatz aber, das Anbieten von Gegendiensten, habe nur die Bedeutung einer Höflichkeitsformel (Heiterkeit). Auch andere Wahlbeeinflussungen sind vielfach konstatirt worden. Der Distrikts-Kommissarius Schulz ist vor der Wahl in den Dörfern umhergefahren und hat den Wählern unter Wegnahme der von Zacha'schen Wahlzettel solche mit dem Namen des Grafen Schulenburg versehene übergeben, wobei er so aufgebracht wurde, daß er einem Manne ein Seidel an den Kopf habe werfen wollen (Große Heiterkeit). Ferner wird eine Aeußerung des Bürgermeisters von Filehne konstatirt, dahin gehend,

der Landrath v. Young habe ihm gesagt, wenn die Einwohner nicht für den Grafen Schulenburg stimmten, so würde er sie so mit Abgaben anstrengen, daß sie daran zu denken haben würden. — Der Referent giebt noch von einer Menge gleicher Drohungen Kenntniß, glaubt sich nach dieser Darstellung des Sachverhaltes einer näheren Motivirung enthalten zu können und beantragt einfach als Konsequenz des vorjähriger Beanstandungsbeschlusses jetzt die Ungültigkeitserklärung der Wahl.

Nach längerer Diskussion wird mit großer Majorität die Wahl des Grafen Schulenburg für ungültig erklärt. — Referent Abg. Aßmann fährt sodann in der Berichterstattung fort, und berichtet über die im 9. Königsberger Wahlkreise (Allenstein-Rössel) vollzogene Nachwahl, in welcher am 14. Oktober Dr. Strousburg gegen v. Hoverbeck gewählt worden ist. Hiergegen ist ein Protest eingangen, in welchem 1) Beeinflussungen bei der Wahl und 2) Formwidrigkeiten beim Wahlakt behauptet werden. Die angebliche Beeinflussung besteht darin, daß der Landrath dem Wahlkreise eine Eisenbahn versprochen habe, wenn Dr. Strousberg gewählt werde. (Heiterkeit.) Diesen Umstand hielt die Kommission nicht für so erheblich, um hieraus eine Beanstandung, oder Ungültigkeit der Wahl zu folgern. Ein Abgeordneter würde und könne ja im Reichstage sehr wohl die speziellen Interessen seines Wahlkreises vertreten, und es sei ja wohl natürlich, daß er dies seinen Wählern verspreche. — Die im Proteste behaupteten Formwidrigkeit bei dem Wahlakte seien jedoch erheblicher Natur. Es wird nämlich behauptet, daß 1) in einer Anzahl von Ortschaften gar nicht gewählt worden sei, weil keine Wahllisten vorhanden gewesen, daß 2) in mehreren Wahlbezirken die Vereidigung des Wahlbureau unterlassen; daß 3) in ca. 60 Ortschaften die ortsübliche Bekanntmachung der Wahl nicht stattgefunden habe und 4) die Auslegung von Wahllisten in verschiedenen Orten nicht geschehen sei. — Die Kommission beantragt deshalb deshalb: 1) die Wahl des Abgeordneten Dr. Strousberg zu beanstanden; 2) das Bundespräsidium aufzufordern, über die im Proteste behaupteten Thatsachen genaue Untersuchung anzustellen. — Abg. Frhr. v. Hagke: Zur Beanstandung der Wahl scheint mir kein genügender Grund vorzuliegen, es erscheint mir vielmehr nur eine Vervollständigung der Akten nöthig zu sein. — Präsident Simson: So weit ich mich erinnere, hat man in solchen Fällen stets die Wahl beanstandet, oder wenigstens die Beanstandung im Sinne gehabt. Die Beanstandung bedeutet ja nichts Anderes, als eine Anerkennung, daß bei der gegenwärtigen Lage der Akten das Haus weder die Gültigkeit, noch die Ungültigkeit der Wahl aussprechen kann. Um jedoch dem Wunsche des Herrn Abgeordneten gerecht zu werden, werde ich über die Kommissionsanträge getrennt abstimmen lassen.

Es wird abgestimmt; der Antrag I. auf Beanstandung wird mit sehr großer Majorität angenommen; dafür ein großer Theil der Konservativen, u. A. auch v. Falckenstein, v. Steinmetz, dagegen u. A. Prinz Albrecht. — Abg. Graf Schwerin spricht als Vorsitzender der 4. Abtheilung sein lebhaftes Bedauern darüber aus, daß aus mehreren Wahlkreisen in Preußen, die noch dazu in der Nähe von Berlin liegen, die Wahlakten noch nicht eingegangen sind, obgleich die Wahlen schon vor längerer Zeit vollzogen sind; es sind dies der 3. Stettiner, der 3. Potsdamer und der 5. Düsseldorfer Wahlkreis. Er fordert das Bundespräsidium dringend auf, künftig für pünktliche Einlieferung der Wahlakten Sorge zu tragen. — Bundeskommissar Graf zu Eulenburg: Der Grund davon, daß die Akten dem Hause noch nicht vorliegen, ist der, daß dieselben theilweise sich auf Wahlen beziehen, deren Resultat erst in der zweiten Hälfte dieses Monats festgestellt worden ist, theils — wie die Wahlakten des Stettiner Bezirks — von der Regierung behufs ihrer Vervollständigung zurückgeschickt worden sind. — Ohne Widerspruch werden die Wahlen der Abgg. v. Steinmetz und Pogge-Blankenhof (Gegner von v. Oertzen) genehmigt.

Nächste Sitzung, da am Dienstag und Mittwoch die Kommissionen arbeiten sollen, Donnerstag 11 Uhr. T.-O.: Schlußberathung über den Vertrag mit Nordamerika, die Staatsangehörigkeit betreffend (Referent Meier und Schleiden) und mit Liberia (Ref. Roß), Antrag Waldeck auf Gewährung von Diäten. Auf der T.-O. des Freitag sollen die Postverträge und vielleicht auch der Antrag Lasker stehen.

Göttingen, 28. März. Die beiden städtischen Kollegien haben in vorgestriger gemeinsamer Sitzung eine Petition an das Königliche Ministerium des Innern beschlossen und sofort abgesandt, dahin gehend, daß die Versetzung des seit Juni v. J. hier kommissarisch fungirenden Königlichen Polizeidirektors Albrecht nach Kassel im Interesse hiesiger Stadt zurückgenommen, event. Sr. Majestät dem Könige deshalb Vortrag erstattet werden möge. Die hiesige Einwohnerschaft will sich mit dieser Anerkennung des genannten altpreußischen Beamten nicht genügen lassen, wir lesen an der Spitze der heutigen „Göttinger Ztg." folgenden, von mehreren Bürgern unterzeichneten Aufruf: „Wenn man aus allen Ständen unserer Stadt die humane und dabei so energische Polizei-Verwaltung lobend anerkennen hört, die durch die umsichtige Thätigkeit des jetzigen Herrn Polizeidirektors Albrecht in so kurzer Zeit seines Hierseins im Interesse unserer Stadt entwickelt worden ist, so erscheint der allgemein ausgesprochene Wunsch gewiß wohl berechtigt, der Königlichen Regierung die Bitte zu unterbreiten, daß dessen beabsichtigte Versetzung nach Kassel unterbleiben und daß dieser Beamte, der sich durch die Ausübung seiner Funktionen das allgemeine Vertrauen in solch hohem Grade erworben hat, unserer Stadt erhalten werden möge. Zu diesem Ende schlagen wir unsern Mitbürgern vor, eine hierauf bezügliche Petition an ein hohes Königliches Ministerium zu richten, welche Sonntag den 29. und Montag den 30. d. M. zur gefälligen Unterschrift in der Restauration des Hrn. Möller ausgelegt sein wird."

Münster, 28. März. Der „W. M." schreibt: Der Landtagsmarschall, Regierungspräsident v. Holzbrink, ist seit mehreren Tagen erkrankt; wie es heißt, an einem Kopfleiden. In Folge dessen werden die Verhandlungen des Provinzial-Landtages durch dessen Stellvertreter, Landrath v. Lilien, geleitet.

Düsseldorf, 29. März. In der am 28. d. Mts. abgehaltenen 6. Plenarsitzung berieth der Provinzial-Landtag u. A. über einen Antrag, welcher aus Anlaß des bevorstehenden Jubiläums der Universität Bonn die Ueberweisung eines Kapitals von 20,000 Thlrn. aus ständischen Mitteln zur Bildung eines Stipendienfonds für Studirende bei der rheinischen Hochschule bezweckte. Der Antrag wurde nach lebhafter Debatte mit 34 gegen 33 Stimmen abgelehnt.

Löbau, 30. März. Auf der Löbau-Zittauer Eisenbahn erfolgte heute Morgen in Folge des starken Nebels ein Zusammenstoß zwischen einem Personenzug und einer Lokomotive; zwei Wagen wurden zertrümmert, mehrere Personen sind, zum Theil sehr erheblich, verletzt worden.

Rostock, 26. März. Die Rostocker Rhederei hat ihren Jahresbericht vom 1. März 1867 bis 29. Februar 1868 veröffentlicht, er zählt 38 Rheder mit 370 in Fahrt gewesenen Schiffen auf. Von diesen sind 17 verloren, 3 verschollen, verkauft oder in Schlußdividende 7, neu gekupfert oder verzinkt 15, in Reparatur gewesen 32, in Havarie 8. Eine Dividende haben nur 170 Schiffe ergeben inkl. der Schlußdividenden und eines verkauften Wracks, die gesammte Dividendensumme beträgt 314,300 Thaler. Dagegen haben 18 Schiffe Einschüsse von zusammen 71,100 Thaler gefordert, die übrigen haben wenigstens keine Dividende ergeben. Die höchste Dividende eines Schiffes war 7500 Thlr.; 1 brachte 7020, 1 6600 Thlr. und 5 je 6000 Thaler. Das Geschäft war also nichts weniger als glänzend.

Stuttgart, 30. März. Der „Staatsanzeiger für Würtemberg" sagt, das Ergebniß der Wahlen für das Zollparlament zeige die Uebereinstimmung im Lande darüber, daß die durch den Julivertrag für das Zollparlament gesteckte Grenze nicht überschritten werden solle. Kein Grund liege zu der Annahme vor, daß diese Auffassung nicht auch von der Mehrzahl der Abgeordneten jenseits des Maines getheilt werde. Der Standpunkt der Regierung sei derjenige, die Verträge loyal zu erfüllen, innerhalb der Vertragsgrenzen am nationalen Bande mit dem deutschen Norden festzuhalten und die freundlichsten Beziehungen zu demselben zu pflegen. Dieser Standpunkt wahre die Selbstständigkeit Würtembergs ebenso wie er der deutschen Idee Genüge leiste, indem er nicht hastig dem Einheitsstaate zudränge, welcher mit der Geschichte unvereinbar sei; er entspreche ferner [illegible] Interesse des Nordens besser, als die Bestrebungen derjenigen [illegible]artei, welche die Staats-Verträge als Brücke zur Verfolgung von Ideen benutzen wolle, denen ein realer Bod[illegible]fehle, und deren Verwirklichung Deutschland nicht stärken wü[illegible]

— [illegible] [G]roßfürst Thronfolger von Rußland ist, von Nizza kommend, um 1 Uhr hier eingetroffen und wurde am Bahnhofe vom Könige empfangen.

— Der „Staatsanzeiger für W[illegible]berg" ist zu der Erklärung ermächtigt, daß die „Würtembergische Landeszeitung" in keinerlei Beziehung zu dem Kultusministerium stehe. Das genannte Blatt vertrete lediglich die Ansichten seiner Redaktion und gelte dies insbesondere von den in dem Leitartikel vom 24. d. Mts. enthaltenen bedauerlichen Ausfällen gegen den König von Preußen.

München, 28. März. Prinz Otto, der Bruder des Königs, wird, wie es heißt, demnächst eine Reise nach Spanien antreten.

Ausland.

Wien, 30. März. Das Herrenhaus trat heute in die Berathung des Schulgesetzes. Nachdem im Ganzen neun Redner für oder gegen das Gesetz gesprochen hatten, wurde die Generaldebatte geschlossen. Die Spezialdebatte wird morgen eröffnet.

Wien, 30. März. Der „Neuen freien Presse" zufolge hat der Ministerpräsident Fürst Auersperg in einer Versammlung derjenigen Mitglieder des Herrenhauses, welche bei den Beschlüssen über das Ehegesetz die Majorität bildeten, beruhigende Erklärungen über seine und des Kultusministers Berufung an das Kaiserliche Hoflager zu Pesth abgegeben. Der Ministerpräsident versicherte, daß die Berufung zunächst durch falsche Alarmnachrichten, welche über die Vorfälle vom 21. März dem Kaiser zugegangen, veranlaßt sei. Fürst Auersperg erklärte schließlich, daß die Kaiserliche Sanktionirung der konfessionellen Gesetze niemals fraglich gewesen, die Besorgniß der Bevölkerung also unbegründet sei. — Die „Presse" meldet, daß die päpstliche Regierung in einem Memorandum die Vorschläge Oesterreichs in Betreff der Konkordats-Revision abgelehnt habe.

Brüssel, 30. März. Nachrichten aus dem Hennegau versichern, daß keine weitere Störung der Ordnung stattgefunden habe, daß jedoch die Arbeiten noch nicht wieder [illegible]genommen seien.

London, 28. März. Das Stanley'sche [illegible] im Morgenblatte mitgetheilte) Amendement [illegible] von den liberalen Blättern, auch von der „[illegible]", [illegible] gegriffen. Es ist dies ein Beweis, daß die Gladstonianer [illegible] Amendement einen geschickten Schachzug erbli[illegible]. „Durch Zweideutigkeiten (so urtheilt die „Times") läßt die irische Frage sich nimmer entscheiden. Das Ministerium sucht sich durch die geschickte Anwendung zweideutiger Worte aus seiner kritischen Lage zu ziehen, als ob die Regierung eines großen Reiches sich nach Art der Verwandlungen auf der Theaterbühne führen ließe. Durch die Kleinlichkeit ihres Benehmens bei einer Veranlassung, durch die sie sich hätte gehoben fühlen sollen, habe sie alles Vertrauen in sich selber verwirkt." — Und „Morning Post" sagt: „Disraeli möchte gleichzeitig als Ritter des Protestantismus und Befreier des Katholicismus glänzen. Der sehr ehrenwerthe Gentleman würde wohlthun, zu bedenken, was es heißt, sich zwischen zwei Stühle zu setzen." — „Daily News" bedauert, daß Lord Stanley sich zu solch „unsauberem" Geschäft habe gebrauchen lassen. „Morning Star" behandelt das Gesammtministerium als den Ausbund aller Niedrigkeit, wofür Gladstone und dessen Anhang vom „Herald", „Standard" und „Globe" als den Bodensatz aller Erbärmlichkeit geschildert werden.

London, 30. März. Unterhaus. Gladstone begründet seine Resolution bezüglich der Aufhebung der irischen Staatskirche in anderthalbstündiger Rede unter lebhaftem Beifall der Linken. Darauf stellte Lord Stanley das schon bereits gemeldete Amendement. Seiner Rede folgte ebenso lauter Beifall von der rechten Seite des Hauses.

London, 30. März. Die Regierung hat Depeschen aus Antalo vom 9. d. Mts. erhalten. Das Hauptquartier und die erste Brigade sollten am 11. d. M. den weiteren Vormarsch gegen Ashangi antreten, wo sie am 16. d. M. einzutreffen hofften. Der Zustand der Armee war befriedigend. Von den Gefangenen hatte man bis 17. Februar Nachricht. Dieselben befanden sich wohl. Der König Theodor stand mit den Geschützen auf dem Tafellande von Talanta.

— Aus Plymouth wird gemeldet: „Unsere Stadt lag am vergangenen Sonntag noch im Halbschlummer, als plötzlich von der Citadelle herab die Geschütze ihre Stimme zu einem donnernden Königlichen Salut von 21 Schüssen erhoben. Im Hafen fand der Gruß sein Echo und bald donnerten die Kriegsschiffe mit den Festungswällen um die Wette. Kanonendonner am Sonntage, wo selbst nicht einmal aus- und einlaufende Schiffe den Hafenadmiral salutiren, was konnte es bedeuten? Es war der Geburtstag des Königs von Preußen, der den Einwohnern der Stadt angezeigt wurde. Diese „Störung der Sonntagsstille" wird in der „Western Morning News", einer hier erscheinenden Zeitung, lebhaft gerügt, und das Blatt fragt in so strengem Tone nach dem Zweck dieses „kostspieligen Komplimentes", daß es wie die Introduktion zu einer Anfrage im Parlamente klingt.

St. Petersburg, 30. März. In russischen Wäldern an der galizischen Grenze sind an verschiedenen Stellen vergrabene Gewehre aufgefunden worden, welche man als österreichische und belgische Fabrikate erkannt hat. Dieselben sollen von der polnischen Emigration in Paris angekauft sein. — Die Erderschütterungen im Kaukasus dauern fort.

Pommern.

Stettin, 31. März. Die Auswanderung aus den verschiedenen Gegenden unserer Provinz scheint in diesem Jahre erhebliche Dimensionen anzunehmen. In unserem gestrigen Abendblatte meldeten wir bereits, daß in den Tagen vom 22. bis 29. d. M. 476 Personen ausgewandert seien, es treten dieser Zahl zunächst 315 Personen hinzu, welche gestern mit den gewöhnlichen Zügen von hier nach Hamburg weiter befördert wurden, und zwar aus dem Kreise Randow 16, Cöslin 28, Greifenberg 58, Lauenburg 68, Stolp 58, Belgard 38, Fürstenthum 49. Außerdem sind gestern resp. um 10 und $10\frac{3}{4}$ Uhr noch zwei Extrazüge mit Auswanderern von hier abgelassen worden; der erstere Zug beförderte 680 Personen aus der Gegend von Labes, letzterer 453 Personen aus der Gegend von Belgard. — Das Ziel sämmtlicher Auswanderer, deren Gesammtzahl innerhalb der letzten 8 Tage also 1924 betrug, ist Amerika.

— In den nächsten Tagen werden per Dampfer „Marie" aus England an die hiesige Firma Schütt & Ahrens 6 Stück dort prämiirte Southdown-Böcke, die sich durch besonderen Fleischreichthum auszeichnen, für Rechnung pommerscher Gutsbesitzer hier eintreffen. Wie man uns mittheilt, ist man auch hier mehr und mehr zu der Ueberzeugung gelangt, daß eine Zucht „zur Fleischproduktion", wie in England, erheblich lohnender als „zur Wollproduktion" sei, und liegt jene Züchtung deshalb auch vorzugsweise in der Absicht der Empfänger.

— Der mittlere drehbare Theil der über die Oder führenden neuen Eisenbahnbrücke ist nunmehr fertig gestellt und sind gestern die ersten Versuche im Oeffnen und Schließen der Durchfahrten gemacht worden, die ganz zufriedenstellend ausfielen. Nachdem der Bau dieses Theils der Brücke beendet, werden die beiden Oeffnungen dem Schiffsverkehr übergeben, dagegen der andere Theil der Brücke an der Bahnhofsseite geschlossen werden, um das zum Bau erforderliche hölzerne Gerüst, ähnlich wie es an der Silberwiese bereits erbaut worden, aufstellen zu können. — Die Arbeiten werden so schnell gefördert, daß man den Bau des Oderüberganges bis Ende Juli zu beenden hofft.

— Heute Vormittag wurden die nicht sofort einziehbaren Forderungen der Eduard Wellmannschen Konkursmasse im Betrage von 112,000 Thlr. für das Meistgebot von 731 Thlr. vom Kaufmann Rosenstein an hiesiger Gerichtsstelle käuflich erstanden.

— Von dem Eisenbahnbauhofe am Schneckenthor wurde vor einigen Tage eine ganze Partie altes Bauholz gestohlen. Die angestellten Recherchen führten zur Entdeckung des Holzes auf einem in der Nähe liegenden Oderkahn und ist der Schiffsknecht Thümmel als der Dieb ermittelt worden.

Viehmärkte.

Berlin. Am 30. März c. wurden auf hiesigem Viehmarkt an Schlachtvieh zum Verkauf aufgetrieben:

An Rindvieh 1296 Stück. Durch mehrere Ankäufe nach den Rheinlanden war das Geschäft ziemlich lebhaft und wurde beste Waare mit 16 bis 17 Thlr., mittel 12—14 Thlr., ord. 9—11 Thlr. pro 100 Pfd. Fleischgewicht [illegible]hlt.

[illegible] Schweinen 2317 Stück. Die Preise stellten sich bei lebhaftem Ve[illegible] 17 Thlr. für beste feine Kernwaare (Mecklenburger), mittel wur[illegible] 13—14 Thlr. pro 100 Pfd. Fleischgewicht bezahlt.

[illegible] 2179 Stück. Exportgeschäfte wurden gar nicht ausgeführt, [illegible] die Durchschnittspreise trotz minder starken Zutriften doch nur [illegible] mittelmäßig verliefen, dazu kommt noch, daß die Einkaufspreise im Lande im Verhältniß zu den hiesigen Marktpreisen immer noch zu hoch gestellt sind, die Bestände konnten nicht geräumt werden.

An Kälbern 647 Stück, welche bei lebhaftem Verkehr zu mittelmäßigen Durchschnittspreisen bezahlt wurden.

Börsen-Berichte.

Stettin, 31. März. Witterung: trübe. Temperatur + 7° R. — Wind W.

Weizen etwas matter, per 2125 Pfd. loco inländ. gelber 100—106 Rt., weißer 102—110 Rt., bunter 100—104 Rt., ungar. 92—102 Rt., 83—85pfd. gelber Frühjahr 105, $104\frac{1}{2}$, $104\frac{3}{4}$ Rt. bez., Mai-Juni 104 Rt. bez., September-Oktober 93 Rt. bez.

Roggen weichend, Schluß behauptet, pr. 2000 Pfd. loco 71—73 Rt., feiner 74—$77\frac{1}{2}$ Rt. bez., Frühjahr und Mai-Juni 74, $73\frac{3}{4}$, $\frac{1}{2}$ Rt. bez., Juni-Juli 73 Rt. bez., $72\frac{1}{2}$ Gd., Juli-August $66\frac{1}{2}$ Rt. bez., 67 Br., September-Oktober 64 Rt. Br., 62 Gd.

Gerste geschäftslos, pr. 1750 Pfd. loco Oderbruch $52\frac{3}{4}$ Rt. bez., schlesische und mährische 54—$55\frac{1}{2}$ Rt. nach Qual., Frühjahr 69—70pfd. schles. 54 Rt. bez. u. Gd.

Hafer loco per 1300 Pfd. $36\frac{1}{2}$, $37\frac{1}{2}$ Rt. bez., Frühjahr $37\frac{3}{4}$ Rt. bez., Mai-Juni $38\frac{1}{2}$ Rt. Gd., Juni-Juli 40 Rt. Br.

Erbsen per 2250 Pfd. loco Futter- 65—67 Rt. bez, Koch- 68—71 Rt. bez.

Rappkuchen fremde frei Bahn gestern noch 2 Rt. 4 Sgr. bez., heute 2 Rt. $3\frac{1}{2}$ Sgr. bez.

Rüböl matt, loco $10\frac{1}{3}$ Rt. Br., April-Mai $10\frac{1}{4}$, $\frac{1}{6}$ Rt. bez. u. Gd., Sept.-Oktober $10\frac{2}{3}$ Rt. Br.

Petroleum loco $6\frac{2}{3}$ Rt. bez., Sept.-Oktober $6\frac{1}{2}$ Rt. Gd. u. Br.

Spiritus matt, loco ohne Faß $20\frac{3}{8}$ Rt. bez., Frühjahr $20\frac{1}{6}$ Rt. Br., Mai-Juni $20\frac{3}{8}$ Rt. bez., Juni-Juli $20\frac{3}{4}$ Rt. Br.

Angemeldet: 400 Wspl. Roggen, 50 Wspl. Erbsen.

Regulirungs-Preise: Weizen $104\frac{1}{2}$, Roggen $73\frac{1}{2}$, Rüböl $10\frac{1}{6}$, Spiritus $20\frac{1}{8}$.

Breslau, 30. März. Spiritus per 8000 Prozent Tr. 19. Roggen per März $70\frac{1}{2}$, pr. Frühjahr $70\frac{1}{4}$. Rüböl pr. Frühjahr $9\frac{5}{6}$, per Herbst $10\frac{5}{12}$. Raps unverändert. Zink fest.

Hamburg, 30. März. Getreidemarkt. Weizen auf Termine höher, Roggen stille. Weizen pr März 5400 Pfd. netto 180 Bankothaler Br., 179 Gd., März-April 180 Br., 179 Gd., per Frühjahr 180 Br., 179 Gd. Roggen pr. März 5000 Pfd. Brutto 136 Br., 135 Gd., per März-April 134 Br., 133 Gd., per Frühjahr 133 Br., 132 Gd. Hafer stille. Rüböl unverändert, loco $23\frac{1}{8}$, per Mai $23\frac{1}{4}$, per Oktober 24. Spiritus ohne Kauflust. Kaffee fest. Zink beachteter. — Sehr schönes Wetter.

Amsterdam, 30. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen pr. März 291, pr. Mai $285\frac{1}{2}$, pr. Juni $281\frac{1}{2}$, pr. Juli $274\frac{1}{2}$.

London, 30. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 39,891, Gerste 17,397, Hafer 69,965 Quarters.

Englischer Weizen 1 Sch. höher, fremder höher gehalten, schwer erhältlich, ruhig. Malzgerste fest. Hafer stetig. Leinöl loco ab Hull $33\frac{1}{2}$ — Schönes Wetter.